



Presse- mitteilung

Pressestelle

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18 529 - 3170

FAX +49 (0)30 18 529 - 3179

E-MAIL pressestelle@bmelv.bund.de

INTERNET www.bmelv.de

DATUM 28. Juni 2012

NUMMER 191

SPERRFRIST 12.30 Uhr

Deutscher Bauerntag: Aigner kämpft für Erhalt der Fläche Bundesministerin fordert in Fürstentfeldbruck gemeinsame Kraftanstrengung

Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner hat sich beim Deutschen Bauerntag am Donnerstag im oberbayerischen Fürstentfeldbruck für eine Eindämmung der außerlandwirtschaftlichen Inanspruchnahme von Flächen in Deutschland ausgesprochen. „Wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung und ein intelligentes Flächenmanagement“, sagte Aigner. Dazu gehöre, Brachflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke zu verwenden, bevor neue Baugebiete ausgewiesen werden. Außerdem müssten neue Ausgleichsflächen vor allem auf nicht mehr genutzten Flächen im Innen- und Außenbereich der Städte und Gemeinden angelegt werden. „Der Grundsatz muss lauten: Innenentwicklung kommt vor Außenentwicklung. Warum muss denn ein Hektar bester Ackerfläche versiegelt werden, während im Ortskern nicht nur die Flächen, sondern auch das Dorfleben brach liegt? Wir suchen deshalb mit allen Beteiligten gemeinsam nach tragfähigen Lösungen“, sagte Aigner.

Derzeit werden deutschlandweit jeden Tag rund 77 Hektar für Siedlungen und Infrastruktur benötigt. Im Jahr 2004 lag der tägliche Neuverbrauch noch bei rund 120 Hektar. Ziel der Bundesregierung ist es, die Inanspruchnahme dauerhaft weiter einzudämmen und bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu senken. Da dieses ehrgeizige Ziel mit Bundesgesetzen allein nicht umsetzbar ist, hat das Bundeslandwirtschaftsministerium im Juni eine hochrangige Plattform zum Schutz der natürlichen Ressource Boden gegründet. „Die Umnutzung von Flächen zu Lasten der Landwirtschaft können wir nur gemeinsam mit allen Beteiligten eindämmen. Mit Vertretern von Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden erarbeiten wir derzeit ein Gesamtkonzept: Das ist ein breites Bündnis der Verantwortung mit dem Ziel, klare Regelungen zu finden und Ideen für ein intelligentes Management“, sagte Aigner.

Dabei gilt es zum einen, weniger Flächen neu für Bebauung zu verwenden, und zum anderen, einen besseren Ausgleich zwischen Naturschutz und Landwirtschaft zu finden. Das gilt auch für die Energiewende: Beim Bau von Windkraftanlagen und Stromleitungen sollen so wenig Flächen wie möglich abgegeben und das Ausmaß zusätzlicher Ausgleichsflächen so klein wie möglich gehalten werden. „Die Energiewende ist im Interesse aller und sie muss schnell und verlässlich umgesetzt werden. Die Landwirtschaft spielt dabei eine wichtige Rolle. Deswegen müssen die Landwirte von Anfang an beteiligt werden“, sagte Aigner in Fürstenfeldbruck. Um die Flächeninanspruchnahme beim Netzausbau auf das Notwendige zu begrenzen, seien auch die Länder in der Pflicht, alle Möglichkeiten zu nutzen, insbesondere die Regelungen des neuen Bundesnaturschutzgesetzes. Einige Länder seien hier bereits auf dem richtigen Weg. Die Bundesregierung wird im Juli den Entwurf einer bundesweit geltenden Kompensationsverordnung vorlegen. Das wird ein weiterer wichtiger Schritt zum gemeinsamen Ziel sein, die Flächeninanspruchnahme für Ausgleichsmaßnahmen zu reduzieren.

Da die bestehende Flächenknappheit durch die umstrittenen Vorschläge der EU-Kommission zur Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2013 noch verschärft würde, forderte Aigner gerade in diesem Bereich deutliche Nachbesserungen. Es könne nicht sein, dass sieben Prozent der Acker- und Dauerkulturflächen aus der produktiven landwirtschaftlichen Nutzung herausgenommen und so in ganz Deutschland rund 800.000 Hektar Ackerfläche stillgelegt werden müssen, mahnte die Ministerin. Das entspräche der Ackerfläche von ganz Baden-Württemberg. „Die von der EU-Kommission geplante Stilllegung passt nicht zu den Herausforderungen, vor denen die Landwirtschaft steht. Brüssel muss hier nachbessern. Es ist grundsätzlich richtig, die Umweltbeiträge der Landwirtschaft weiter zu steigern. Das muss aber auch praktikabel sein und einen echten Mehrwert für die Umwelt haben“, sagte Aigner. An die EU-Kommission richtete Aigner außerdem den dringenden Appell, die Reform der EU-Agrarpolitik nun schnell voranzutreiben. Deutschland hat im Rahmen der intensiven Diskussion der vergangenen Monate zahlreiche konstruktive Vorschläge gemacht. Mit den Beschlüssen der Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern und dem Fortschrittsbericht der dänischen Ratspräsidentschaft liegen zahlreiche konstruktive Vorschläge auf dem Tisch, die nun in die Brüsseler Entwürfe einzuarbeiten sind. „Unsere Bauern brauchen Planungssicherheit. Die EU-Kommission muss deshalb so bald wie möglich einen überarbeiteten Vorschlag auf den Tisch legen. Ich kämpfe in Brüssel für eine verlässliche und berechenbare europäische Agrarpolitik. Wir können uns dabei keine weiteren Verzögerungen leisten“, sagte Aigner.